

Regierungsratsbeschluss

vom 22. August 2006

Nr. 2006/1571

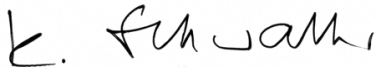
Stellungnahme zum Inkrafttreten der Änderung vom 23. Juni 2006 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB), Schutz der Persönlichkeit gegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen
Schreiben an das Bundesamt für Justiz

1. Erwägungen

Das Bau- und Justizdepartement unterbreitet das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend das Inkrafttreten der Änderung vom 23. Juni 2006 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Schutz der Persönlichkeit gegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend das Inkrafttreten der Änderung vom 23. Juni 2006 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Schutz der Persönlichkeit gegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen) wird beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 22. August 2006

Verteiler

Regierungsrat (6)
Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement, Rechtsdienst Justiz (3, FF)
Departement des Innern
Polizei Kanton Solothurn
Gerichtsverwaltung (z.Hd. Gerichte)
Ratsleitung (7)
Eidg. Parlamentarier (9)